Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos“: München, Plinganserstraße Nr. 64.

INHALT:

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile 30 Rpf. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des Jüdischen Echos. München, Plinganserstraße 64 / Telephon 73664/65 Postscheck-Konto: München 3987

Nr. 9 **München, 28. Februar 1930** **17. Jahrgang**

Das Jüdische Echo

Nummer 9 **28. Februar** **17. Jahrgang**

Würgende Not

Die Nachrichten, welche in den letzten Wochen aus Osteuropa kommen, lassen das Bild einer neuen furchtbaren Notwelle erkennen, die über die Judenheiten der einzelnen Länder hereingebrochen ist. Besonders arg sind die Botschaften aus Polen und Rußland. Die Lage in Polen ist derartig katastrophal, daß drei Viertel aller polnischen Juden buchstäblich hungern. Zur Illustration diene folgende Angabe: In einer Stadt, in der ungefähr 20 000 Juden leben, wurde statistisch erhoben, in wieviel jüdischen Wohnungen die Fensterscheiben zerbrochen und nicht durch neue ersetzt sind. 87 Prozent der jüdischen Wohnungen haben zerbrochene Scheiben, ohne daß die Wohnungsinhaber imstande sind, den geringen Betrag aufzubringen, um ihre Fenster wieder instand zu setzen. Man muß hierbei überlegen, daß in diesen Wohnungen die Scheiben nicht auf einmal zerbrochen wurden, sondern, daß der beklagenswürdige Zustand der Verwahrlosung ein Ergebnis von Zufällen während eines Zeitraumes von mehreren Jahren darstellt. Und in dieser langen Zeit sind die meisten Wohnungsinhaber nicht in der Lage gewesen, neue Scheiben zu kaufen, einfach darum, weil noch dringendere Anschaffungen nötig gewesen sind. Dieses einzige Beispiel zeigt, daß die Not chronisch ist. Jetzt jedoch hat dieser chronische Zustand eine Zuspitzung erfahren, die in ihrer Schärfe eine direkte Gefährdung von Leben und Gesundheit der jüdischen Bevölkerung darstellt. Was soll mit den polnischen Juden geschehen? Eine Änderung ihrer Lage, selbst wenn der polnische Staat seine Methoden in der Behandlung der Juden grundsätzlich ändern sollte, ist kaum zu erwarten. Sicherlich haben Politik und gesellschaftlicher Judenhaß zur Erhöhung der Not der polnischen Juden beigetragen. Die letzte Ursache liegt in den wirtschaftlichen Verhältnissen des polnischen Staates, in der Schichtung der polnischen Gesellschaft, und vor allem in der sozialen Struktur der Juden selbst. Leider besteht der Satz zu Recht, daß in Polen zu viele Juden leben und zwar zu viele Juden für die Juden selbst und nicht nur für den polnischen Staat. Die Beschränkung der Auswanderungsmöglichkeit für die polnische Judenheit ist eine der Hauptursachen des desolaten Zustandes. Die Auswanderung ist ein Ventil gewesen, durch das alljährlich Zehntausende von Juden nach Übersee gingen. Dieses Ventil ist geschlossen und der wirtschaftliche Druck in dem jüdischen Kessel Polens ist unerträglich geworden.

Wiewohl man es kaum für möglich halten könnte, ist die Notlage von zwei Dritteln der jüdischen Bevölkerung in der Sowjetunion noch größer als die der Juden in Polen. Während die polnischen Juden wenigstens die Möglichkeit haben, im Wege der Presse, durch die jüdischen Vertreter im polnischen Sejm und in zahlreichen jüdischen Vereinigungen ihre Klagen zum Ausdruck zu bringen, sind die Juden in der Sowjetunion infolge des auf ihnen lastenden politischen Druckes zum Schweigen verurteilt und sie sterben lautlos an Krankheit und Hungersnot. Alle Bemühungen auswärtiger Organisationen sind wie ein Tropfen auf einen heißen Stein geträufelt. Es ist unmöglich, zwei Millionen Menschen, die jeder Existenzmöglichkeit bar sind, auf dem Wege der Wohlfahrt am Leben zu erhalten. Die Kolonisationsbestrebungen der einzelnen Gesellschaften, die Versuche, die Juden als Arbeiter in die Industrie einzuführen, sind durchaus begrüßenswerte Maßnahmen, aber in ihrer Wirksamkeit von einem so langsamen Tempo, daß mittlerweile die ältere Generation dahinsiecht und zugrunde geht.

Es gibt Stimmen, welche behaupten, daß viele polnische Juden unter dem Drucke der auf ihnen lastenden Not zum Wanderstabe greifen werden, obwohl sie weder ein Ziel vor Augen haben, noch die entsprechenden Papiere und Einreisebewilligungen. Es ist fraglich, ob es auch nur einem kleinen Teile dieser verzweifelten Menschen gelingen wird, sich über die Grenzen zu schmuggeln und in die benachbarten westlichen Länder zu gelangen. Aber selbst wenn dieser unwahrscheinliche Fall Wahrheit werden sollte, daß einzelne Juden aus Osteuropa sich unter tausend Mühen, Schikanen und polizeilichen Drangsalierungen irgendwohin nach dem Westen durchschlagen, so muß man damit rechnen, daß sie nach kurzem unfreiwilligem Aufenthalt in Polizeigefängnissen zwangsweise wieder in ihre Heimat abgeschoben werden. Aber wenn sie sogar doch die Möglichkeit erkämpfen könnten, in Westeuropa zu bleiben, so würden sie nur vom Regen in die Traufe gelangen.

Denn die jüdische Not macht im gegenwärtigen Augenblick leider an den Grenzen Sowjetrußlands und Polens nicht Halt. Auch in solchen Ländern wie Österreich und vor allem Deutschland, in welchem Lande der Prozentsatz der Juden äußerst gering ist, mehren sich die Anzeichen einer nie gekannten jüdischen Notlage. In Deutschland hat die wirtschaftliche Entwicklung es mit sich gebracht, daß der größte Teil des jüdischen Mittelstandes vollständig verarmt ist. In den letzten Monaten sind ganze Branchen, in denen die Juden berufstätig waren, glatt wegrasiert worden. Wir haben in Deutschland eine ungeheure jüdische Angestelltennot. Die Wohlfahrtsinstitutionen der jüdischen Gemeinden sind bis aufs äußerste angespannt. In der Provinz hat der wirtschaftliche Antisemitismus, in stärkster Weise von dem wachsenden Nationalsozialismus propagiert, die Existenzmöglichkeit der jüdischen Bevölkerung vollständig untergraben. Wohl zum ersten Male seit vielen Jahrzehnten sehen sich die jüdischen Körperschaften veranlaßt, Beratungen zu pflegen, Versammlungen einzuberufen und Untersuchungen anzustellen, auf welche Weise man die wirtschaftliche Not eines ungeheuren Teiles der deutschen Judenheit bekämpfen könnte. Es ist ja erfreulich, daß sich der Gedanke der

Selbsthilfe regt und die Verantwortlichkeit der jüdischen Gemeinden gegenüber der Not in der eigenen Gemeinschaft wachgerufen wird. Sicherlich ist dieser Gedanke der Selbsthilfe im gegebenen Augenblick der einzig richtige. Aber ist es nicht ein grauenhaftes Symptom, daß auch die Judenheit in Deutschland — abgesehen von ihrer chronischen kulturellen und moralischen Not, abgesehen von ihren Leiden durch den Antisemitismus, der gegenwärtig für ganz Europa in Deutschland sein Zentrum hat — nunmehr auch Beute einer Wirtschaftsnot wird, die man in Deutschland nicht für möglich gehalten hätte. Die Schicksalsverbundenheit der Juden in der ganzen Welt wird auf diese Weise eklatant.

Gegen diesen Zustand ist ein absolut probates Mittel wohl kaum vorhanden, denn sogar die Selbsthilfe ist ja nur in beschränktem Ausmaße möglich und ihre Wirkungen sind nicht allzu groß, um so geringer als sie von den Judenheiten der einzelnen Länder isoliert durchzuführen versucht wird. Die Situation der Juden in der Welt ist heute derartig, daß man den Gedanken der jüdischen W e l t s e l b s t h i l f e propagieren muß. Es ist die höchste Zeit, daß sich die Judenheiten auf der ganzen Welt in irgendeiner organisatorischen Form finden und gemeinsam die Situation der Juden zum Gegenstande einer ernsten Untersuchung machen. Die Tagesordnung einer derartigen Beratung wird nicht klein sein. Die Frage der jüdischen Auswanderung, die Frage der politischen Unterstützung einzelner Judenheiten, das Problem der Hilfe an Ort und Stelle, die alles überragende Notwendigkeit zur Schaffung eines jüdischen Mittelpunktes, all das heischt dringend ernsteste Aufmerksamkeit. Die würgende Not, von der jetzt die Judenheiten einzelner Länder erfaßt sind, und die sich auf ungefähr sechs bis sieben Millionen jüdischer Menschen erstreckt, ist ein furchtbares Memento und sollte jene jüdischen Gemeinschaften, die sich momentan in einer glücklicheren Lage befinden als die Juden Ost- und Mitteleuropas, veranlassen, die Initiative zu ergreifen, um die jüdische Weltselbsthilfe, welche bisher wohl in einigen Ansätzen vorhanden war, aber leider noch nicht rationalisiert ist, zu organisieren.

m.w.

Maßnahmen zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit unter den Juden

Eine wichtige Veranstaltung der Berliner Jüdischen Gemeinde

B e r l i n , 25. Februar. (JTA.) Der Vorstand der Jüdischen Gemeinde hat einen Kreis führender Persönlichkeiten aus dem Wirtschaftsleben zu einer Aussprache über Maßnahmen zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit unter den Juden nach dem Brüdervereinshaus in der Kurfürstenstraße eingeladen.

Den Reigen der Aussprache eröffnete Abgeordneter Professor Georg Bernhard. Seit einer Reihe von Jahren, sagte er, wird das Judentum bedrängt gerade in der Sphäre, die ihm, mit mehr oder weniger Recht, als Wirkungssphäre zugewiesen ist. In Stadt und Land macht sich eine Boykottbewegung fühlbar. Schon die Völkischen hatten begonnen, gegen die jüdische Position im Wirtschaftsleben Sturm zu laufen, indem sie den Juden die Schuld an der Inflation und an der späteren Deflationskriese zuschoben. Wenn in Frankreich das Wort geprägt wurde: „Der Boche bezahlt alles", so galt dies für die Juden von jeher; wo immer eine Krise war, der Jude zahlte die Kosten. Durch die Inflation und die Krise der ersten Deflationsperiode ist eine jüdische Kulturschicht entwurzelt worden, die für das deutsche Kulturleben Außerordentliches geleistet hat. In die im Geschäftsleben führend tätig gewesenen Juden ist eine große Bresche geschlagen worden. Viele von den früher Selbständigen sehen sich vor die Notwendigkeit gestellt, nun selbst ihr Brot als Angestellte zu suchen. Dem jüdischen Stellensuchenden stellen sich aber weit größere Schwierigkeiten in den Weg als den nichtjüdischen. Die antisemitische Stimmung im deutschen Volke ist heute, was Intensität und Weite der von ihr berührten Kreise betrifft, ernst wie noch nie. Dies erschwert dem jüdischen Arbeitsuchenden die Erlangung einer Stelle auch beim jüdischen Arbeitgeber, der zuweilen glaubt, auf das nichtjüdische Kaufpublikum Rücksicht nehmen zu müssen. Es gibt Industrielle, die den Nationalsozialismus unterstützen, obwohl er in der Wurzel antikapitalistisch ist, weil sie mit ihm die Gewerkschaften treffen wollen. Sie treiben den Teufel durch Beelzebub aus. Es ist dies eine kurzsichtige Politik. Leute mit einer synthetischen Wirtschaftsauffassung wissen, daß der Arbeitnehmer zugleich auch Konsument ist und daß gutbezahlte Arbeit kaufkräftige Konsumenten schafft. Hier in Deutscland herrscht aber noch das Streben nach billiger Lohnarbeit. Vom Juden nimmt man an, daß er sich mit niederem Lohn nicht begnügen wird. In Fällen, wo diese Annahme richtig ist, drückt sie doch nur einen Vorzug des jüdischen Menschen aus, der tüchtig ist und vorwärts will, der aber auch weiß, daß er nur vorwärts kommen kann, wenn auch das Unternehmen, dem er dient, vorwärts kommt. Anderseits kann ein Unternehmen ja nicht bestehen, ohne strebsame Angestellte. Es sind aber nicht nur die Leiter der Betriebe, die die jüdischen Angestellten boykottieren, sondern auch die nichtjüdischen Angestellten selbst boykottieren den jüdischen Arbeitskollegen. In den großen Betrieben geht die Zahl der jüdischen Angestellten immer mehr zurück. Die unteren Schichten der Angestelltenschaft sind verhetzt durch die Nationalsozialisten. In Bankbetrieben bestehen nationalsozialistische Zellen zwecks Fernhaltung der Juden. Bei den Einkommensstufen zwischen 400—600 RM. sind die Juden nur gering vertreten und gehen immer weiter zurück, um erst in den hohen Angestelltenklassen, wo sie unentbehrlich sind, wieder anzusteigen. Es sei notwendig, gegen die Verkennung des jüdischen Wesens anzukämpfen. Das kann nicht allein Sache der jüdischen Gemeinde sein, die keine Kampforganisation sein soll, die Gemeinde müßte sich in dieser Arbeit mit anderen Organisaion teilen. Aber eines kann die Gemeinde tun: Die Arbeitgeber aufklären über die Qualität der jüdischen Arbeitnehmer und über die ungerechte Zurücksetzung, die sie erfahren. Keiner verlangt eine einseitige Bevorzugung, die im Wirtschaftsleben und auch sonst im Leben nicht Platz greifen darf, wofür man aber kämpfen muß, das ist die Beseitigung einer Ungerechtigkeit gegen den jüdischen Arbeitnehmer.

Herr Direktor Wilhelm Kleemann vertrat den gemeindepolitischen Standpunkt. Die Jüdische Gemeinde empfindet de Zunahme der Erwerbslosigkeit zu allererst. Einerseits sinken die Steuereingänge, anderseits steigen die Bedürfnisse für das Wohlfahrtswesen an, das in diesem Jahre dreieinhalb Millionen, also dreißig Prozent des Etats erfordert. Die Gemeinde übt ihre Wohlfahrt nach modernen sozialpolitischen Grundsätzen. Den gefährdeten selbständigen Existenzen werden durch die Kreditkassen Darlehen gewährt. Die Erfahrungen sind günstig, gegen neunzig Prozent der Darlehen werden zurückbezahlt. Die Gemeinde unterhält ferner einen von den Berliner Logen übernommenen Arbeitsnachweis, der über 5000 Arbeitsuchenden im Jahre (1929 waren es 5900) Arbeitsplätze zuweist. Die Gemeinde wendet ihre Fürsorge der heranwachsenden Generation zu, indem sie eine Berufsberatungsstelle eingerichtet hat und im Sinne der Berufsumschichtung wirkt. Der Redner richtete an die Anwesenden die Bitte, diese Seite der Gemeindewirksamkeit zu unterstützen.

In der weiteren Aussprache kamen zum Worte Syndikus Dr. Arthur Schweriner vom Central-Verein, der über die Arbeit des Central-Vereins für Schutz der jüdischen Arbeitnehmer berichtete; Redaktur Moses Waldmann, der das Bestehen einer wirtschaftlichen Judenfrage feststellte und darum eine jüdische Aktion für notwendig erachtete; Direktor Bach, der zugleich auch den Standpunkt der Großloge darlegte; ferner die Herren Georg Tietz, Manes, Dr. Gaspari, Simon, Neuberger, Jakobowitz und Alfred Berger. Es war ein Erfahrungsaustausch, der in der von Prof. Georg Bernhard gezogenen Schlußfolgerung gipfelte, daß es notwendig sei, unter Vermeidung jeder Einseitigkeit die ganz unverhältnismäßig stark unter der Erwerbslosigkeit leidenden, weil zu Unrecht benachteiligten jüdischen Arbeitnehmer zu ermutigen, indem man das gegen sie herrschende Vorurteil beseitigen und ihnen ihren Platz im Wirtschaftsleben sichern hilft.

Central-Verein und Jewish Agency

Über die Sitzung des Hauptvorstandes des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens wird der JTA das folgende Kommuniqué übermittelt:

Auf der nicht konstruierten, sondern aus den heiligsten Gefühlen geborenen, unlösbaren Verbindung zwischen Deutschtum und Judentum ruht unsere Heimatsberechtigung, ruht das Dasein des jüdischen Deutschen. Erschüttert man diese, so trifft man uns ins Herz und bringt den Central-Verein, die mächtigste Organisation des Judentums, ins Wanken. Zugehörigkeit zum deutschen Volke steht nie im Widerspruch mit dem jüdischen Erbgut, das in uns von den Ahnen überkommen ruht. Nur dann, wenn dieses Jüdische durch gewisse, vielfach geübte Agitation als ein Nationaljüdisches im politischen Sinne erklärt wird, ist es unvereinbar mit unserem deutschen Sein. Dann müssen wir es energisch ablehnen.

Nachdem sich in den letzten Jahren eine Anzahl von Central-Vereins-Mitgliedern mit Zionisten in der Jewish Agency zusammengefunden haben und nachdem durch den Aufruf „Hilfe durch Aufbau" und die Antwort der „deutschen Juden" Gegensätze verschärft worden waren, war es Aufgabe und Pflicht der Hauptvorstandssitzung vom 16. Februar, einmal über die Grundbedingungen Klarheit zu schaffen, unter denen eine solche Zusammenarbeit überhaupt möglich ist. Mit einer bisher in der Geschichte des Central-Vereins beispiellosen Einmütigkeit hat der Hauptvorstand am letzten Sonntag den folgenden Beschluß gefaßt:

> „Der C.-V. hat stets jede nationaljüdische Bestrebung abgelehnt. In Übereinstimmung damit haben diejenigen Mitglieder des Hauptvorstandes, die sich an der Palästina-Arbeit beteiligen, stets erklärt, daß sie als deutsche Juden den Mittelpunkt ihres politischen und kulturellen Lebens in Deutschland erblicken, und daß sie jede national-jüdische Propaganda, auch im Rahmen der Jewish Agency, abweisen.
>
> Der Hauptvorstand des C.-V. hat demgemäß das Vertrauen, daß alle seine Mitglieder überall, auch außerhalb des Vereins, diesem Gedanken zur Durchführung verhelfen."

Die einheitliche Auffassung des Hauptvorstandes über diese Fragen ging soweit, daß einstimmig beschlossen wurde, die zu diesem Punkt der Tagesordnung vorgesehenen Referate der Herren Rabbiner Dr. Jacob (Dortmund) und Rechtsanwalt Dr. Krombach (Essen) von der Tagesordnung abzusetzen und von jeder Aussprache Abstand zu nehmen. Nur ein Bericht des Mitgliedes des Hauptvorstandes, Dr. Bruno Weil, über die Vorgeschichte des obigen Beschlusses und die Stellung von Mehrheit und Minderheit dazu, wurde vor den Abstimmungen entgegengenommen. Selbstverständlich sollen mit dieser Entschließung die Gegensätze in der Beurteilung des Palästinaproblems und der Frage der Beteiligung an der Jewish Agency nicht vertuscht werden. Nach wie vor besteht der Beschluß der Hauptvorstandssitzung vom 23. und 24. März 1929, daß der Central-Verein von der Entsendung von Vertretern in die Jewish Agency absieht. Damit ist die Stellung der Majorität des Hauptvorstandes zur „Nationalen Heimstätte" klar gekennzeichnet. Die Sitzung am 16. Februar hat aber auch das andere ganz deutlich gemacht: auch diejenigen Mitglieder des Hauptvorstandes, die in die Jewish Agency oder in das Initiativkomitee für die Jewish Agency als Einzelpersonen eingetreten sind, wünschen, daß die Agency nur reine Palästina-Arbeit leistet und daß keinesfalls in ihren Beratungen, ihren Veröffentlichungen, ihren Versammlungen, national-jüdische Bestrebungen sich bemerkbar machen oder gar um sich greifen.

Ist also die Majorität des Hauptvorstandes gegen jede Beteiligung am national-jüdischen Palästina-Aufbauwerk überhaupt, so lehnen auch diejenigen Hauptvorstandsmitglieder, die der Agency nahestehen, für diese programmatisch neutrale Körperschaft national-jüdische Bestrebungen ab. Beide Teile des Hauptvorstandes sehen einmütig

in Deutschland den Mittelpunkt ihres geistigen und kulturellen Lebens. Beide bejahen damit freudig die unverrückbaren Grundlagen des C.-V.: Deutschtum und Judentum. Die Tatsache, daß nach der angenommenen Entschließung auf die Referate der innerjüdischen Fragen verzichtet wurde, kann als symbolisch angesehen werden. Gewiß können die Auffassungen über die Formen des Palästina-Aufbaus grundsätzliche Bedeutung haben. Keinem der Anwesenden lag aber daran, die Gegenstätze jetzt zum gewaltsamen Austrag zu bringen, zumal eine überwältigende Einmütigkeit über die unverändert deutschen Grundlagen aller C.-V.-Arbeit besteht und bestand, und die Palästinafrage nie im Mittelpunkt unserer Arbeiten stehen kann.

Über allen Gegensätzen steht die Geschlossenheit des C.-V. Notwendiger denn je in einer Zeit, wo das deutsche Judentum von Nationalsozialisten und Judengegnern jeder Färbung aufs heftigste berannt wird. Man verzichtete daher gern auf große Auseinandersetzungen über die verschiedenen innerjüdischen Richtungen und wandte sich grundsätzlichen Fragen unserer Aufklärungs- und Abwehrarbeit zu.

*

Dazu bemerkt die „Jüdische Rundschau“:

Soweit der C.-V. in dieser Kundgebung seinen bereits früher eingenommenen Standpunkt wiederholt, haben wir dazu nichts zu bemerken. Wenn jedoch nichtzionistische Angehörige der Jewish Agency sich innerhalb des C.-V. auf eine vorschriftsmäßige Haltung festlegen lassen, dann muß von zionistischer Seite mit Entschiedenheit dagegen Einspruch erhoben werden. Die Jewish Agency ist aufgebaut auf dem Gedanken der Freiheit der Gesinnung und der Gemeinschaft der praktischen, auf dem Mandat beruhenden Palästina-Arbeit. Die nichtzionistischen Mitglieder der Agency können zwar für ihre Person jede Erklärung abgeben, aber sie haben nicht das Recht, allein über den Charakter der Palästina-Arbeit zu bestimmen. Auf dem Gebiet der geistigen Auseinandersetzung hat jeder Teil, ja jede Persönlichkeit, ungeachtet ihrer Teilnahme an der Jewish Agency, das Recht auf Meinungsäußerung und Propaganda, und es ist zumindest sonderbar, wenn mit Emphase die Abweisung national-jüdischer Propaganda ausgesprochen wird, während für antinationaljüdische Propaganda offenbar die freieste Betätigungsmöglichkeit in Anspruch genommen wird. Was aber die praktische Arbeit betrifft, so bestand auch vor der Konstituierung der erweiterten Agency zwischen Zionisten und den am Palästinawerk teilnehmenden Nichtzionisten stets volle Einigkeit darüber, daß diese Arbeit nicht anders als nationaljüdisch sein kann. Denn niemand konnte vor der primitiven Tatsache die Augen verschließen, daß das palästinensische Judentum seiner Nationalität nach jüdisch ist und aus dem nationalen Auferstehungswillen die stärksten schöpferischen Kräfte zieht. Was bei den Kundgebungen wie der vorliegenden des C.-V. geschieht, ist nichts anderes als ein Spiel mit Worten, das um so leichter ist, als man es nicht einmal für nötig hielt, in Referaten und Aussprache die Problematik wirklich zu klären. So verwendet man das Wort „nationaljüdisch“ in doppeltem Sinne, einerseits angewandt auf Palästina, anderseits angewandt auf die jüdischen Galuth-Anschauungen. Nur durch diese Begriffsverwechslung scheint es uns erklärlich, daß derartige Beschlüsse mit Einmütigkeit, wie besonders hervorgehoben wird, gefaßt werden. Wir finden es besonders bedauerlich, daß die der Jewish Agency angehörende Gruppe im C.-V., an deren Interesse für die Palästina-Arbeit wir nicht zweifeln, sich offenbar dem Drucke der antizionistischen Propaganda im C.-V. nicht entziehen konnte, und sich dazu verstand, Beschlüssen ihre Zustimmung zu geben, die in ihrer Wirkung geeignet sind, den bisher herrschenden Geist der loyalen Zusammenarbeit innerhalb der Agency zu gefährden.

Schächten ist keine Tierquälerei

Der Strafrechtsausschuß des Reichstags beschließt fast mit Einstimmigkeit, daß der Tierschutzparagraph des neuen Strafgesetzbuches einen Absatz erhält, demgemäß Schächten niemals unter Strafe gestellt werde

Berlin, 19. Februar. (JTA.) Im Strafrechtsausschuß des Reichstags wurden in der Sitzung vom Dienstagabend die Tierquälerei-Paragraphen des neuen Strafgesetzbuchs (366 und 412) verhandelt, insbesondere Vivisektion und rituelles Schächten. Abg. Dr. Bell (Zentum), ehemals Reichsjustizminister, beantragte, dem § 412 folgenden Absatz 2 anzufügen:

„Handlungen an Tieren dürfen nicht mit Strafe bedroht werden, soweit sie zur Verfolgung ernster wissenschaftlicher Zwecke oder zur Erfüllung der Gebräuche einer Religionsgemeinschaft des öffentlichen Rechtes geboten sind.“

Nach Annahme der beiden Paragraphen in der Fassung der Vorlage wurde über den vom Abg. Dr. Bell beantragten Absatz 2 zum Paragraph 412 abgestimmt; der Antrag Dr. Bell wurde mit 23 von 27 Stimmen (von den 4 Deutschnationalen stimmten 2 gegen 2 enthielten sich der Stimme) angenommen.

Mit dieser Abstimmung ist die erste Lesung des ersten Buches des Strafgesetzentwurfes beendet.

Während der Aussprache über den Antrag Bell in der Sitzung des Ausschusses am Freitag, dem 14. Februar, haben bekanntlich Ministerialdirektor Schäfer vom Reichsjustizministerium und der Vertreter des Reichsgesundheitsamtes Erklärungen abgegeben, daß man in dem Schächtakt der Juden keine Tierquälerei sehen dürfe.

Um die Einführung des Betäubungszwanges für Schlachttiere

München, 21. Februar 1930

Die nationalsozialistische Stadtratsfraktion hat in einem Antrag gefordert, daß die Ausnahmebestimmungen der Münchener Schlachthofordnung über das betäubungslose Schächten sofort aufgehoben und das Referat beauftragt werde, Vorkehrungen zur Durchführung des Landtagsbeschlusses über den Betäubungszwang für Schlachttiere zu treffen. Im städtischen Hauptausschuß machte R.R. Schmidt geltend, daß das vom Landtag verabschiedete Gesetz im Gesetz- und Verordnungsblatt noch nicht veröffentlicht wurde und daß die Ausführungsbestimmungen auch noch nicht erschienen seien. Ob das Gesetz mit dem 1. Oktober 1930 in Kraft treten könne, steht noch dahin, weil verschiedentlich die Meinung vertreten werde, daß das vom Landtag verabschiedete Gesetz gegen die Reichsverfassung verstoße und unter Umständen ein Vorgehen der Reichsregierung beim Staatsgerichtshof in Betracht komme. Der Hauptausschuß beschloß mit Rücksicht darauf, die Beratung des nationalsozialistischen Antrages bis auf weiteres zurückzustellen.

Aus der jüdischen Welt

Sitzung des Landesvorstandes der Z. V. f. D. in Berlin

Berlin, 24. Februar. (JTA.) Am 23. Februar fand in Berlin in den Räumen der Loge Kleiststraße 10 die erste Sitzung des auf dem Delegiertentag in Jena neugewählten Landesvorstandes der Zionistischen Vereinigung für Deutschland statt. An der Sitzung nahmen 54 Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses und des Landesvorstandes, ferner stellvertretende Mitglieder des Landesvorstandes, Mitglieder der Kommissionen und Beamte teil.

Der Vorsitzende der Z. V. f. D., Herr Kurt Blumenfeld, erstattete einen Bericht über die Lage im Weltzionismus, an den sich eine Diskussion anschloß, in der Vertreter der verschiedenen Parteigruppen das Wort nahmen.

Dr. Martin Rosenblüth legte namens des Geschäftsführenden Ausschusses den Etat der Z. V. f. D. für das Jahr 1930 vor, und beantwortete eine Reihe von Anfragen, die zum Etat gestellt wurden. Der Etat, der mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 160 000 RM. balanciert, wurde einstimmig angenommen, sodann wurden die Wahlen für die Gemeindekommission, die Oberste Vertrauenskommission, die Keren-Hajessod-Komission, die K.K.L.-Kommision für Deutschland vollzogen.

Dr. Alfred Landsberg aus Wiesbaden erstattete ein Referat über „Unsere Haltung und unsere Maßnahmen gegenüber der antisemitischen Bewegung in Deutschland“, an das sich eine längere Diskussion schloß. Die Aussprache soll auf der nächsten Sitzung des Landesvorstandes fortgesetzt werden. Eine Kommission, bestehend aus den Herren Blumenfeld, Berger, Epstein, Gerson, Kreutzberger, Landsberg, Siegfried Moses, Naphtali, Schocken, Waldmann soll sich in der Zwischenzeit mit diesen Fragen eingehend befassen und der nächsten Sitzung des Landesvorstandes Vorschläge unterbreiten.

Dr. Kanowitz erstattete ein Referat über die Bodenfrage in Palästina und die Purim-Aktion des K.K.L. in Deutschland. Es wurde einstimmig beschlossen, diese Aktion mit allen Kräften zu unterstützen.

Nach einem Bericht von Dr. Landauer erteilte der Landesvorstand seine Zustimmung zu einer neuen Form des Projektes der Ansiedlung deutscher Chaluzim in Palästina.

Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des Hilfsvereins

Berlin, 21. Februar. (JTA.) Am 13. Februar 1930 fand eine Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des Hilfsvereins der Deutschen Juden statt.

Es wurde über die Verhältnisse in Rumänien und über die weitere Ausgestaltung des dort eingeleiteten sozialen und kulturellen Hilfswerks beraten. — Ferner wurde der Beschluß gefaßt, eine besondere Hilfsaktion für das notleidende jüdische Kind in Litauen zu unternehmen, die bereits seit längerer Zeit ins Auge gefaßt worden ist. Den unmittelbaren Anlaß zu dem Beginn der Aktion gab die Zerstörung des jüdischen Kinderhauses in Kowno durch Feuer. Das Kinderhaus in Kowno ist eine Zentrale für die gesamte jüdische Kinderfürsorge in Litauen. Der Geschäftsführende Ausschuß genehmigte die Vorschläge zur Durchführung der Aktion, für die ein Damenkomitee gebildet wurde.

Geheimrat Kastl aus der Mandatskommission ausgeschieden — Solf sein Nachfolger?

Berlin, 24. Februar. (JTA.) Der Generalsekretär des Völkerbunds gab, wie aus Genf telegraphiert wird, den Mitgliedern des Völkerbundrates den bereits früher angekündigt gewesenen Rücktritt des deutschen Vertreters in der Mandatskommission, Geheimrat Kastl, bekannt.

Für den Posten eines deutschen Mitgliedes der Mandatskommission wird in Berliner politischen Kreisen an erster Stelle der frühere langjährige Staatssekretär des Reichskolonialamtes und spätere deutsche Botschafter in Tokio, Dr. Solf, genannt.

Palästina-Kundgebung in Hamburg

Hamburg, 20. Februar. (JTA.) Am 17. Februar fand in Hamburg im Hotel Atlantik unter dem Vorsitz von Graf Bernstorff eine Kundgebung des Deutschen Komitees Pro Palästina statt. Es waren etwa 1300 Personen anwesend, darunter viele Nichtjuden, Persönlichkeiten aus akademischen Kreisen usw., sowie Vertreter aller Zeitungen. Die Reden wurden durch Lautsprecher in den Nebensälen verbreitet. Nach einer längeren Begrüßungsansprache des Vorsitzenden, Graf Bernstorff, in deren Verlauf er auch die Briefe von Max Warburg und Prof. Einstein verlas, hielt, von begeistertem Beifall begrüßt, Bürgermeister

Dr. Petersen, das staatliche Oberhaupt der Stadt Hamburg, eine Ansprache, in welcher er sich sehr eindrucksvoll zu den jüdischen Palästina-Bestrebungen bekannte. Hierauf sprach namens der deutsch-israelitischen Gemeinde Herr Hermann Philipp (Hamburg) und namens der Hamburger Zionistischen Vereinigung Dr. Heppner. Es folgte eine Ansprache von Oberbürgermeister Brauer (Altona), die die jüdische Palästinabewegung würdigte. Dann sprach Kurt Blumenfeld, Vorsitzender der Z. V. f. D. Mit einem kurzen Schlußwort des Vorsitzenden, Graf Bernstorff, wurde der denkwürdige Abend abgeschlossen.

V. Reichskonferenz des Verbandes Ostjüdischer Organisationen

Magdeburg, 24. Februar. (JTA.) Im Gesellschaftshaus „Freundschaft" zu Magdeburg wurde am Sonntag, dem 23. Februar, die V. Reichskonferenz des Verbandes Ostjüdischer Organisationen in Deutschland abgehalten.

Aufhebung der Immunität eines Ritualmordhetzers

München, 24. Februar. (JTA.) Die badische Oberstaatsanwaltschaft hat den Landtag um Aufhebung der Immunität des nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Hellmuth ersucht, der in einer Reihe von Versammlungen in Baden durch Ritualmordmärchen die Bevölkerung aufzureizen suchte.

Die Münchener Staatsanwaltschaft hat den Bayerischen Landtag um erneute Aufhebung der Immunität des nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten Julius Streicher ersucht, weil gegen ihn Anklage wegen Betruges und versuchten Betruges, begangen innerhalb der Nürnberger Parteigruppe durch Ausstellung von falschen Schuldscheinen, erhoben worden ist. Bekanntlich ist Streicher vor kurzem wegen Beleidigung der jüdischen Religionsgemeinschaft durch Verbreitung von Ritualmordmärchen zu Gefängnis verurteilt worden.

Jüdische Studenten Bayerns gezwungen, zur Alimentierung der antisemitischen österreichischen Studentenschaft beizutragen

München, 21. Februar. Wie in den Tagesblättern berichtet wurde, hat das bayerische Kultusministerium eine Verfügung erlassen, wonach die sogenannte „Deutsche Studentenschaft" erneut ermächtig wird, von sämtlichen in Bayern immatrikulierten Studenten Zwangsbeiträge für ihre höchst zweifelhaften Zwecke einzuziehen, und zwar mit Hilfe des staatlichen Kassenapparates. Die Verfügung ist zweifellos unter dem unablässigen Druck der zumeist völkisch oder deutschnational beeinflußten Korporationen und ihrer alten Herren zustande gekommen. Ein direkter Beitrag von 20 Rpf. wird für den (österreichischen) Kreis VIII der Deutschen Studentenschaft erhoben.

Damit sind sämtliche Studierende an den bayerischen Hochschulen, auch die jüdischen, gezwungen, zur Alimentierung der extrem antisemitisch eingestellten sog. „Deutschen Studentenschaft" in Österreich beizutragen, die freilich trotz ihres Antisemitismus nichts dagegen hat, auch von Geldern zu leben, die in Bayern zwangsweise von jüdischen Studenten erhoben werden. Ein famoser „Rechts"zustand!

Keine außerordentliche Palästina-Session der Mandatskommission im April

Genf, 20. Februar. (JTA.) Wie der Vertreter der Jüdischen Telegraphen-Agentur erfährt, hat der Vorsitzende der Permanenten Mandatskommission des Völkerbundes, Marquis Teodoli, dem Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, mitgeteilt, daß die für den 2. April vorgesehene gewesene außerordentliche Session der Mandatskommission, die ausschließlich der Erörterung der Palästinalage gewidmet sein sollte, ausfällt, da die britische Regierung nicht in der Lage ist, ihren Bericht über die Palästinaereignisse rechtzeitig herzustellen. Die Palästinafrage, teilt Marquis Teodoli weiter mit, werde darum erst in der normalen Juni-Session der Mandatskommission zur Behandlung gelangen, die, statt wie in früheren Jahren Mitte Juni, in diesem Jahre schon am 4. Juni beginnen wird.

Die Rabbinerverhaftungen in Minsk

Moskau, 23. Februar. (JTA.) Dem Vertreter der Jüdischen Telegraphen-Agentur in Moskau ist es gelungen, mit einer angesehenen und zuverlässigen Persönlichkeit in Minsk telephonisch in Verbindung zu treten und von derselben Auskünfte über die Lage der verhafteten Rabbiner und Gemeindeführer zu erlangen. Die Minsker Persönlichkeit gab der Verwunderung Ausdruck, daß im Auslande Gerüchte über bevorstehende oder bereits ausgesprochene Todesurteile gegen die verhafteten Rabbiner entstehen konnten, wo doch in Minsk selbst niemand mit einer solchen Eventualität rechnet. Richtig ist, daß die Behandlung der Gefangenen in den letzten Tagen eine mildere geworden ist, den Verwandten der Gefangenen wird erlaubt, sie im Gefängnis zu besuchen und mit ihnen zu sprechen. Es wird mit Bestimmtheit erwartet, daß mindestens Oberrabbiner Gluskin und Rabbiner Kopelowitsch noch in dieser Woche aus der Haft entlassen werden würden.

Verschärfung des südafrikanischen Einwanderungsgesetzes

Kapstadt, 18. Februar. (JTA.) Das südafrikanische Parlament hat bekanntlich beschlossen, die Einwanderung aus osteuropäischen Ländern auf ein Minimum zu beschränken und nur 50 Personen aus jedem dieser Länder die Einwanderung zu gestatten. Nun haben die Nationalisten im Parlament ein Amendement zu diesem Quotengesetz beantragt, demgemäß das Quotengesetz statt am 1. Juli schon am 1. Mai d. J. in Kraft treten solle, und daß nur 33 Personen aus jedem von dem Gesetz betroffenen Ländern für den Rest dieses Jahres einwandern dürfen. Das Amendement wurde mit 55 gegen 47 Stimmen angenommen.

Revision im Prozeß Hinkis

Jerusalem, 21. Februar. (JTA.) Am 27. Februar beginnt vor dem Obersten Gericht in Jerusalem die Revisionsverhandlung in dem Prozeß des jüdischen Polizeibeamten aus Tel-Awiw, Simcha Hinkis, der von dem Jaffaer Gericht unter der Beschuldigung, eine fünfköpfige arabische Familie getötet zu haben, zum Tode verurteilt worden war. Hinkis, der seine Unschuld beteuert, wurde auf Grund einseitiger Aussagen arabischer Zeugen verurteilt.

Alle Todesurteile in Palästina in fünfzehnjährige Gefängnisstrafe umgewandelt?

Jerusalem, 18. Februar. (JTA.) Die hebräische Tageszeitung „Haarez" will erfahren haben,

DER AUFSTAND

VON J. OPATOSCHU

Aus dem Jiddischen von Siegfried Schmitz

2. Fortsetzung

Denn Christentum und Leben kommen miteinander nicht in Berührung. Sein letztes Hemd dem ersten besten Nackten geben, die rechte Backe hinhalten, wenn du auf die linke geschlagen wirst — das sind schöne Gesten, deren nur vereinzelte Individuen einmal fähig sind; doch wie lassen sie sich im Leben verwirklichen? Nennen Sie mir ein Volk, ich meine ein christliches, dem das Evangelium so in Fleisch und Blut übergegangen ist, daß sein tägliches Leben damit übereinstimmt!? Sie werden keines finden! Sehen Sie, das jüdische Volk ist nicht zu solcher ethischen Höhe gekommen wie sein Hillel, dagegen wurde aber danach gestrebt, daß Recht und Gerechtigkeit synonym werden mit der jüdischen Gesamtheit..."

Kahane ging hastig im Zimmer hin und her, schob alles zur Seite, was ihm im Wege stand, und blieb plötzlich vor einem unvollendeten Gemälde stehen. Von der Leinwand blickte ein Christus am Kreuze nieder, der Norwid ähnelte. Kahane betrachtete das Bild eine Zeitlang und sagte:

„Hätte das jüdische Volk der christlichen Welt nur das Kreuz gegeben (das wir Juden ablehnen), so müßten die christlichen Völker uns schon dafür allein besser behandeln..."

„Etwas Ähnliches hatte ich einmal geschrieben", erwiderte Norwid. „Ich habe gezeigt, daß jedes Volk auf einem anderen Wege zur Kunst gelangt und sein Ich in sie trägt. Das jüdische Volk durch Lyrik und Gebet... daraus entsteht Erwartung, Hoffnung... die Augen halten Umschau, sind himmelswärts gewandt, sie ‚hängen'... Da tritt das Kreuz in Erscheinung. Und als der Messias kam, da konntet ihr Juden ihn nicht ertragen. Nicht ihr allein; die Griechen haben Sokrates auch nicht ertragen können, sie fürchteten, der Philosoph könnte das Volk überragen, die Geamtheit verdunkeln..."

Kahane unterbricht: „Und gerade wir, die einen Messias nicht ertragen konnten, wir hatten mindestens sechsunddreißig Messiasse."

Norwid sog an seiner Pfeife und schwieg. Eine unangenehme Stille herrschte im Zimmer. Von den Wänden blickten Zeichnungen und unvollendete Bilder. Auf dem Boden waren reihenweise Bücher aufgeschichtet, sie sahen wie zerfallene Mauern aus. Auf einem Tischchen lag eine Bibel aufgeschlagen und daneben ein Manuskript, auf dessen Vorsatzblatt das Wort „Quidam" stand, darunter mit zierlichen Buchstaben die Übersetzung: „Irgendwer, irgend jemand".

Noch nie hatte Mordechai in eines Menschen Augen solche Trauer gesehen wie jetzt in denen Norwids. Verwundert fragte er sich, was den Dichter so gekränkt haben mochte, und er ärgerte sich über Kahane. In Gedanken nahm er aber den Faden wieder auf: Was, die Juden haben den Messias nicht ertragen können? Dieser Mann meint, bei den Juden sei die Gesamtheit stets wichtiger gewesen als das einzelne Individuum? Das mag vielleicht auf die alten Hebräer zutreffen, nicht auf uns, das Messiasvolk...

Kahane ging auf Norwid zu: „Verzeihen Sie!"

Norwid lächelte abwesend und hob seine großen Augen; etwas Kindliches, Schüchternes war in diesem Blick. Er sah sich suchend um und entschuldigte sich dann:

„Ich möchte Ihnen etwas anbieten, habe aber gerade jetzt nichts im Hause."

Er griff nach seinem Hut.

„Aber, Panie," — Kahane vertrat Norwid den Weg — „bemühen Sie sich doch nicht!"

Norwid setzte sich wieder auf das schmale Sofa, schaute in die Kerze, die langsam niederschmolz und begann wieder zu sprechen. In seiner Stimme, in der Art, wie er sprach, und in seinen Gleichnissen war etwas aus dem Neuen Testament. Es war oft schwer zu verstehen, was er meinte; er umgab gewissermaßen jeden Satz mit einem Stachelzaun, und zwischen den Spitzen rundete sich ein eigenartiges, religiöses Wort...

„Ich glaube, — seine Stimme hatte jetzt einen angenehmen weichen Klang — „an Chopins Grabe beginnt das wahrhaft Polnische, womit die Polen erlöst werden, da sie der Welt sagen können: Das haben wir für Euch geleistet... Haben Sie schon einmal genau

Chopins Musik zugehört? Eine Stimmung, die keinen Vater und keine Mutter hat, die man nicht fassen kann, die dem ganzen Volk innewohnt, sie hat Chopin durch innerliches Leid zu Ewigem, Allmenschlichem erhoben... Eigentlich wollte ich nicht das sagen! Einen Augenblick!... Ja, ich meine, Gedanken, die fern von uns sind, die irgendwo in fremden Welten und Weiten schweben, und uns erreicht nur das leise ferne Rauschen ihrer Flügel — das ist der Zauber der Musik. Wenn sie uns näher kommen, aber das bloße Auge sie noch mühsam wahrnimmt, da naht der Maler und bannt sie mit den Farben des Spektrums auf die Leinwand. Und wenn sie mit ihren leichten Flügeln über Gotteshäuser und über Burgen wehen, zu gurren beginnen, als suchten sie ein Nachtlager — da naht der Bildhauer und bereitet ihnen eine Lagerstatt in dem behauenen Stein. Dort schlafen sie jahre- und jahrzehntelang, weben ihre Träume, werden oft ganz vergessen; aber sie erwachen wieder zum Leben, wenn die Gotteshäuser, die Burgen zerfallen und aus den Ruinen der Dichter seine Legende spinnt... Nur so werden Dinge geschaffen...“

Norwid sprach weiter; er erzählte von Krasinski, der wenige Monate vor seinem Tode an demselben Tisch gesessen hatte, wo Mordechai jetzt saß, und Norwids „Quidam“ gelesen hatte. Er sprach von Chopin, von Slowacki, von Mickiewicz. Es klang wie eine Legende, obwohl sie doch beinahe gestern noch auf denselben Steinen gewandelt, in Zimmern ähnlich dem von Norwid gesessen hatten; dort spannen, dort hüteten sie die Legenden von Ruinen, die Legenden vom polnischen Volke und seinem Verfall.

Mordechai hörte mit geschlossenen Augen zu, und aus Norwids Worten wurden Klänge und Farben. Er sah den Kopf, dem jene Schönheit eigen war, zu der Athens Aristokraten gebetet hatten, sah den graziösen Julius Slowacki mit den schwarzen Feueraugen und der kühnen Adlernase auf dem Totenbette liegen; von einer dunklen, verschlissenen Ottomane hob sich deutlich sein weißes, eingefallenes Antlitz ab, auf dem etwas von dem gequälten, leidenden Polen lag; und auf den Blumentöpfen an den offenen Fenstern hüpften die Sperlinge und piepsten... Mordechai sah an Adam Mickiewicz im abgetragenen Rock in seinem überwarmen Zimmer sitzen und mit einem knorrigen Scheit das Feuer im Ofen schüren; um ihn sitzen seine Schüler; er nimmt mit ihnen Towianskis zwölf Glaubensartikel durch. Und über allen diesen Bildern erhob sich in leichtem, undeutlichem Schein Norwids Bar-Kochba, ein kleiner, hagerer Mann, in Rom geboren und herangewachsen. Und als er Rom verließ, um sich an die Spitze des Aufstandes zu stellen, da ließ er sein „zweites Ich“ in der Verbannung, auf daß der Feind sein Fehlen nicht merke.

Spät am Abend nahmen Kahane und Mordechai von Norwid Abschied. Schweigend gingen sie durch die halbleeren Gassen. Mordechai schmerzte es, daß Slowacki in der Fremde in einer elenden Mansarde gestorben war. Mickiewicz hatte seine letzten Jahre in der Arsenalbibliothek verbringen müssen und davon nicht einmal ordentlich seine Familie ernähren können. Und Norwid? Norwid wandert von Land zu Land und hungert. Den wahren Propheten wird sein eigenes Volk nie anerkennen, solange er lebt... Und wir Juden? Wird nicht Salvador mit den ärgsten Flüchen bespien?

Ein leichter, erfrischender Wind erhob sich. Von dort, wo die Türme von Notre-Dame über die Häuser ragten, klang Glockenschlag. Die Schläge erschütterten die Luft und gingen hallend ineinander über. Kahane zählte sie. Als der letzte durch die stille Nacht verklang, sagte er kurz:

„Zehn Uhr.“

Sie reichten sich die Hand. Kahane fragte:

„Gehst du nach Hause?“

„Ich gehe in den Keller etwas essen.“

„Vielleicht komme ich später nach. Gute Nacht!“

„Gute Nacht!“

Im Keller

Mordechai durchquerte einige Seitengassen, ohne auch nur aufzusehen, wenn ihn Straßenmädchen anhielten; hungrig kam er in den Weinkeller, setzte sich an den ersten besten leeren Tisch, bestellte ein Beefsteak und sah sich dann erst im Keller um. Der klebrige, mit Rauch vermengte Küchendampf, der wie Nebel im Raum hing, verhüllte die Gesichter und ließ nur von ringsum ein Klanggemisch aus Französisch, Polnisch und Deutsch hören. Zigaretten glühten auf und erloschen wieder.

Ein großer kurzsichtiger Mann mit schwarzem, kurzgestutztem Schnurrbart setzte sich an Mordechais Tisch, legte einen Stoß Bücher neben seinen Platz, schaute vorgebeugt Mordechai an, bis er ihn erkannte, und begrüßte ihn dann deutsch:

„Was treiben Sie, Herr Alter?“

„Nicht viel. Und Sie, Herr Rabinowitsch?“

„Man arbeitet von Zeit zu Zeit ein wenig.“

„Immer noch an der Übersetzung?“

Fortsetzung folgt

daß das Kolonienministerium in London den Palästinagerichten vorgeschlagen hat, alle bisher im Zusammenhang mit den Geschehnissen im August und im September 1929 ausgesprochenen Todesurteile in eine fünfzehnjährige Gefängnisstrafe für jeden der Verurteilten umzuwandeln.

In diesem Jahre keine Purim-Umzüge in Tel-Awiw

Jerusalem, 4. Februar. (JTA.) Der Stadtrat von Tel-Awiw hat beschlossen, daß das diesjährige Purim-Fest, das auf den 14. März fällt, im Hinblick auf die traurigen Ereignisse im August v. J. als stilles Fest begangen werden soll; Karnevalsumzüge werden nicht stattfinden.

Weitere 950 Einwanderungszertifikate für Palästina

Jerusalem, 18. Februar. (JTA.) Wie die JTA erfährt, hat die Palästinaregierung in Anbetracht der zahlreichen Gesuche um Einreisezertifikate, die in der letzten Zeit beim Palästina-Einwanderungsamt eingelaufen sind, beschlossen, der zionistischen Palästina-Exekutive 950 Zertifikate für neue Einwanderer auf Rechnung der für März d. J. vorgesehenen neuen Einwandererquote schon jetzt zur Verfügung zu stellen.

Die Regierung hat bei Bewilligung dieser Zertifikate dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß möglichst viele derselben Juden aus Rußland zugeteilt werden, und zwar „im Hinblick auf die schweren Verfolgungen, denen sie ausgesetzt waren“.

Gemeinden- und Vereins-Echo

Die Etatsitzung der Kultusgemeinde

Wie bereits berichtet, fand am Mittwoch, 19. Februar, die Etatsitzung der gemeindlichen Körschaften statt. Die meisten Posten des Voranschlags, den Herr Justizrat Dr. Elias Straus durch Gegenüberstellung zur Jahresrechnung erläuterte und zu dem er in kurzen einleitenden Bemerkungen ausgeführt hatte, daß man angesichts der heutigen Wirtschaftslage mindestens mit der vorgesehenen 20prozentigen Minderung der Steuereingänge rechnen müsse und deshalb gezwungen sei, vor allem an den Bauausgaben Einsparungen vorzunehmen, wurden ohne Debatte angenommen. Besonders zu erwähnen sind von den Ansätzen auf der Einnahmenseite die für Umlagen mit 519 320 RM. (gegenüber einem tatsächlichen Eingang von 629 652.28 RM. im Vorjahre), für Synagoge 23 500 RM. und Friedhöfe 23 000 RM., der Vortrag beläuft sich auf 40 676.18 RM. Für die Ausgaben wurde zum ersten Male auch ein außerordentlicher Etat aufgestellt, in den neben anderen bereits früher bewilligten Ausgaben auch die schon bewilligten 20 000 RM. für die Darlehenskasse eingesetzt wurden, die bekanntlich erst dann zur Auszahlung gelangen sollen, wenn die Aufbringung weiterer 20 000 RM. durch private Interessenten gelungen ist.

Einen sehr hohen Teil der gemeindlichen Ausgaben machen die für Besoldungen aus; sie sind mit 272 100 RM. angesetzt (in geheimer Sitzung wurden Anstellung- und Pensionierungsangelegenheiten erledigt), dazu kommen ferner 12 020 RM. für Pensionen. Für die gemeindlichen Häuser werden Ausgaben in Höhe von 19 500 RM. für notwendig erachtet (Einnahmen 12 300 RM.), für die Synagoge 16 000 RM., für die Friedhöfe 8000 RM., für Bibliothek 2500 RM., für Lehrkurse und religiöse Vorträge 4000 RM.; die allgemeine Verwaltung benötigt 14 000 RM., bauliche Maßnahmen und Reparaturen sind mit 24 000 RM. veranschlagt.

Auch der Wohlfahrtsetat wurde nicht eingehend besprochen; seine Detailberatung soll in einer gemeinsamen Sitzung mit den betreffenden Ausschüssen erfolgen, über die seinerzeit zu berichten sein wird; im Rahmen des Gesamtetats zeigen die Ausgaben für Anstaltsfürsorge mit 53 200 RM. und für offene Fürsorge mit 105 800 RM. (Wohlfahrtsamt und Armenpflege allein 72 000 RM.) nach den Besoldungen die größten Ziffern. Besondere Sorgen scheint das Landheim Wolfratshausen zu bereiten, für das 5200 RM. in den Etat eingesetzt sind; 4000 RM. als Gegenleistung für die Aufnahme von Münchener Kindern und 1200 RM. als Verwaltungszuschuß. In einer Bemerkung zu dieser Position verlangte Kommerzienrat Dr. Wassermann zwar die Aufrechterhaltung der Anstalt als einer wertvollen Institution aber gleichzeitig eine Ordnung der Finanzen. Für kulturelle und allgemeine jüdische Zwecke sieht der Etat 21 200 RM. vor.

Darunter sind vereinigt Zuschüsse an

den Centralverein mit 5000 RM., an den Keren Hajessod 2000 RM. (angenommen gegen die Stimme von Herrn J.-R. Dr. Heilbronner), an den Jugendausschuß 5000 RM. u. a. m. Weiter zu erwähnende Etatpositionen sind: Hebräische Sprachkurse 1500 RM., Ostjüdischer Synagogenverband 11 500 RM., Talmud Thora 8400 RM., Dispositionsfonds des Vorstands 12 000 RM. Für Rückkauf von Synagogenplätzen sind angesichts der Wirtschaftslage nur 5000 RM. vorgesehen.

Ein heftiger Kampf entspann sich um den Zuschuß für Ohel Jakob, ein Kampf, der leider angesichts der Mehrheitsverhältnisse und der wenigstens äußerlich vollständigen Geschlossenheit der liberalen Fraktion ohne Erfolg bleiben mußte. Die Vorgeschichte ist bekannt: Ohel Jakob kann aus eigenen Kräften die von ihm begründete und erhaltene Israelitische Volksschule nicht aufrechterhalten und verlangt, da diese Institution von einem großen Teil der Münchener Juden als Bedürfnis empfunden wird, mit Recht die Unterstützung der Gemeinde. Die liberale Fraktion wehrt sich jedoch heftig gegen eine solche „Zumutung". Darüber kam es schon im vorigen Jahr zu einem Konflikt, der nur durch die Friedensliebe der Orthodoxen und Zionisten und durch eine Vermittlung anderer Instanzen beizulegen ware. — Daß es offenbar vernünftiger gewesen wäre, den Konflikt auszutragen, erwies sich in dieser Sitzung.

Gegenüber dem vom Ohel Jakob beantragten gemeindlichen Zuschuß von 15 000 RM. hatte der Finanzausschuß unter Zustimmung seiner liberalen Mitglieder einen Betrag von 12 000 RM. bewilligt. Im Vorstand hatten die Liberalen ihren Standpunkt geändert und jede Erhöhung der vorjährigen Position von 7520 RM. abgelehnt. Justizrat Dr. Max Feuchtwanger stellte demgegenüber den Antrag 15 000 RM. zu bewilligen, Herr Rosenthaler begründete in eingehenden Ausführungen diese Forderung. Er wies insbesondere darauf hin, daß die jüdische Volksschule heute bereits ein Drittel der jüdischen Schulkinder ihrer Altersklassen umfasse. Den Standpunkt der Liberalen begründete Justizrat Dr. Heilbronner, der es unternahm, „im Interesse der Lehrer und Kinder" gegen die Schule aufzutreten. An der weiteren Debatte, in der neue Gesichtspunkte kaum auftauchten, beteiligten sich die Herren Justizrat Dr. Feuchtwanger, Wechsler und in besonders temperamentvollen Ausführungen Justizrat Dr. Fränkel. Die Haltung der Liberalen versuchte dann nochmals zu rechtfertigen Justizrat Dr. Oestreich. Nach einer kurzen Unterbrechung der Sitzung verlangte Herr Lichtenauer im Namen der Zionistischen Fraktion die Unterstützung der Schule. Im gleichen Sinne äußerte sich Herr Grünbaum und in einem Schlußwort der Referent, Justizrat Dr. Straus. Es war mehr als nur eine geistreiche Bemerkung, wenn dieser zum Schluß darauf hinwies, daß Justizrat Dr. Oestreich den liberalen Kampf gegen die jüdische Schule gerade mit einem Zitat aus dem Apostel Paulus als einen „guten" kennzeichnen habe wollen. Er habe vergessen, daß der Kampf des Apostels sich gegen das Judentum gerichtet habe. Das sei nicht nur dem Psychoanalytiker interessant, es zeige vielleicht auch die wahre Richtung so mancher „liberaler" Bestrebung. Das Ergebnis der Abstimmung konnte nicht überraschen. Der Antrag Feuchtwanger wurde mit den sämtlichen nach außen geschlossen auftretenden Stimmen der Liberalen gegen die acht Stimmen der Opposition abgelehnt. Das gleiche Schicksal fand ein zweiter Antrag Feuchtwangers 12 000 RM. zu bewilligen. Es bleibt bei den 7520 RM. des Voranschlags.

Kurz vor 12.30 Uhr wurde dann der Umlagensatz wie im vorigen Jahr auf 7 Prozent, zuzüglich 3 Prozent Bauumlage, insgesamt 10 Prozent, festgesetzt, und der in Einnahmen und Ausgaben mit 646 320 RM. abschließende Gesamtetat gegen die drei Stimmen der orthodoxen Fraktion angenommen.

Die durch die Beschlüsse der liberalen Fraktion geschaffene Situation ist auch heute noch nicht geklärt genug, als daß sich weitere Mitteilungen darüber machen ließen. Es besteht jedoch kein Zweifel mehr darüber, daß die Liberalen offenbar die jüdische Schule zum Zankapfel der kommenden Wahlen machen wollen; sie erweisen damit wieder ihr „volles" Verständnis für die Erfordernisse der jüdischen Situation" und einer wahrhaft jüdischen Aufbauarbeit. Dr Kampf in der Gemeinde dürfte jedoch unseres Erachtens ganz anders ausgehen als der in der Gemeindevertretung.

Kadimah, München. Die ordentliche Generalversammlung des Kadimah fand am 17. Februar 1930 statt. Der erste Vorsitzende, Herr Justizrat Dr. E. Fränkel, begrüßte die versammelten Eltern und die Führerschaft des Kadimah, erwähnte zunächst die vorige Generalversammlung im Oktober 1928 und berichtete über den Verkauf des Landheims in Ottobrunn und die Gründe dafür, sowie über die Verwendung der Mittel. Einige wichtige Bestimmungen der Statuten wurden in die Erinnerung der Zuhörer zurückgerufen, so vor allem die Paragraphen über das Ziel des Bundes (tendenzlose und unpolitische Erziehung auf jüdischer Grundlage). Der Referent über die ergänzende Bundesarbeit, Herr Walter Koschland, führte aus, daß die Arbeit seit Oktober 1928 dauernd Schwankungen unterworfen war, die durch Führerwechsel hervorgerufen wurden. Er berichtete von der Winterfahrt nach Oberstdorf 1928/29, von der Führertagung im April 1929 bei Berlin, die zwei Führer besuchten, von der Großen Fahrt nach Thüringen und den Eindrücken, die man am Bundeslager vom 1. bis 4. August in Dörnfeld (Thüringen) gewonnen hatte. Im Herbst wurde ein neuer Führer gewonnen und wieder eine Mädchengruppe gegründet. Auf der Führertagung in Leipzig (1. bis 3. Nov.) waren zwei Führer des Münchener Bundes anwesend. Ein weiterer Erfolg des Bundes war die Chanukkah-Feier am 21. Dezember 1929 im Cherubinsaal und die sehr gut besuchte Winterfahrt auf die Skihütte des Kadimah in Hochkreuth bei Bayrischzell. — Die Arbeit hatte das Ziel der allgemein menschlichen und jüdischen Erziehung. Die menschliche Erziehung wird in einem Leben enger Gemeinschaft von Führer und Geführten erreicht. Die jüdische Erziehung geschieht im Heimabend durch die Vermittlung jüdischen Wissens (Geschichte, Gegenwartskunde) und die Erlernung der hebräischen Sprache. In den von den K'firim (Wölflingen, 10 bis 12 Jahre) bereits abgelegten und von den Zophim (eigentlichen Pfadfindern, 13 bis 15 Jahre) im April abzulegenden Prüfungen soll der Beweis für die geleistete Arbeit erbracht werden. Bei den älteren Jungens werden allgemein jüdische und sonstige Probleme behandelt, besonders solche, die mit dem G e s e t z des Bundes in Zusammenhang stehen. Der körperlichen Ertüchtigung dienen vor allem die F a h r t e n. — Der Referent legte dann noch kurz über die laufenden Ausgaben und Einnahmen in den letzten 1½ Jahren Rechenschaft ab.

In der Diskussion wurden Fragen der Mitgliedschaft und Vorschläge der Eltern über Bundesbeiträge, Fahrtenkosten usw. besprochen.

Auf den Vorschlag von Herrn Walter Koschland wurde der Ausschuß mit Dank für seine bisherige Tätigkeit entlastet.

Darauf wurde die Frage eines neu zu erwerbenden Landheims behandelt. Nachdem Herr Walter Koschland über Lage (bei Kirchseeon), ideelle und materielle Vorteile des neuen Projekts berichtete, wurde zunächst der Erwerb des Grundstücks von der Versammlung als vorteilhaft bezeichnet. Man beschloß, daß ein Ausschuß, bestehend aus Herrn Justizrat Dr. Fränkel und der Führerschaft, den Ankauf nochmals durchbesprechen und vor allem betreff Bau eines Blockhauses endgültige Beschlüsse fassen solle.

Als letzten Punkt der Tagesordnung behandelte man die Frage des „Eufrat". Man kam zu dem Ergebnis, daß alle Eltern und Freunde des Kadimah, soweit sie nicht ohnehin schon die Beiträge für ihre Kinder zahlen, die moralische Verpflichtung hätten, als Mitglieder dem Bunde anzugehören (Mitgliedsmindestbeitrag pro Jahr RM. 4.—) und sozusagen den Elternbund des Kadimah zu bilden. Der „Eufrat" selbst ist ein Arbeitsausschuß von fünf Damen und zwei Herren, welcher alle zwei Monate an den Führersitzungen teilnimmt und so mit der Führerschaft in engem Konnex steht. Außerdem soll dieser Arbeitskreis nach Vorschlägen der Führerschaft weitere wirksame Propaganda für den Verein entfalten.

Kadimah. Chawerim und Chaweroth; Drei Richtlinien sind es, die unsere nun wieder beginnende Frühjahrsarbeit bestimmen sollen: Haam, haaretz, we hasafah. 1. Dienst am jüdischen Volk durch erhöhte Werbetätigkeit für unseren Bund in den weitesten Kreisen der jüdischen Jugend. 2. Dienst am Land durch stete Bereitwilligkeit, sich mit allen Kräften dem Keren Kajemeth in allen seinen Aktionen zur Verfügung zu stellen. 3. Hebräische Arbeit durch ständigen Besuch der Hebräischen Sprachschule. Anmeldungen bei Fräulein Hohenberger, Herzog-Rudolf-Straße 1, Zionistische Ortsgruppe.

Zionistische Ortsgruppe München. S c h e k e l a k t i o n 5 6 9 0. Die Schekelaktion hat bereits begonnen. Alle Zionisten sollen für sich und ihre Familienangehörigen den Schekel entrichten, aber zugleich ist es ihre Aufgabe, unserer Bewegung auch neue Anhänger zuzuführen, die durch Entrichtung des Schekels das Bekenntnis zum Baseler Programm ablegen. Jeder Zionist ist dafür verantwortlich, daß das Ergebnis der diesjährigen Aktion von der organisatorischen Größe und der zionistischen Bewegung beredtes Zeugnis ablegt.

Jungzionistischer Arbeitskreis. Die Veranstaltung des jungzionistischen Arbeitskreises am 18. Februar leitete Herr Ernst Eisen mit einem Referat über „Idee und Gründungsgeschichte der Agency", der wichtigsten Vertretungskörperschaft der gesamten Judenheit, ein. Der Redner erklärte zunächst den Namen und gab kurz die wichtigsten Daten aus der Vorgeschichte der erweiterten Agency. Zionisten und Nichtzionisten vereinigten sich zu gemeinsamem Werk; eine Zusammenarbeit fand zuerst auf wirtschaftlichem Gebiet statt. Weiterhin wies Herr Eisen auf wichtige Momente des Kampfes im innerzionistischen Lager um die Agency hin und meinte zum Schluß, die Agency werde das sein, was die Zionisten aus ihr machen. Über die Verfassung, die Grundlage der Agency referierte sehr sachlich Herr Hans Oestreicher. Die Fundamente des Zionismus: Balfourdeklaration und Mandat, sind auch die der Verfassung. Die Forderungen des Artikels 4 des Mandats werden dadurch erfüllt, daß die erweiterte Jewish Agency eine Zusammenarbeit aller Juden bei der Errichtung der jüdischen nationalen Heimstätte ermöglicht. Das auf dem 15. Kongreß festgesetzte Palästinaprogamm wurde in der Konstitution beibehalten. Die Funktionsorgane der Agency entsprechen denen der Zionistischen Organisation. Dem Kongreß entspricht der Council, dem Aktionskomitee das Administrative Committee. Finanzinstrument der Agency ist der Keren Hajessod, während der Keren Kajemeth Lejisrael der Zionistischen Organisation untersteht. Der Referent ging sehr genau auf das Wahlsyst[illegible] ein, bei dem das demokratische Prinzip möglichst durchgeführt werden soll. Bei einer kurzen Darstellung der Halbjahrgeschichte der Agency zeigte sich, daß sich Schwierigkeiten nur auf organisatorischem Gebiete ergaben. Eine Beeinträchtigung der Arbeit ist auf die Palästinaunruhen und den Tod Marshalls zurückzuführen. — An der Diskussion nahmen die Herren Simann, Dr. Emrich und Franz Prager teil.
H. L.

Lehrkurse der Israelitischen Kultusgemeinde München

Mittwoch, 5. März, 20.15 Uhr, Bibliotheksaal der Gemeinde, Herzog-Max-Straße 7, Vortrag Dr. W. Eliasberg: „Not und Fürsorge." 1. Abend. (Da der für Mittwoch, 26. Februar 1930, angesagte Vortragsabend ausgefallen ist, beginnt der Vortrag erst mit dem 5. März.)

Das Maskenfest des Bar-Kochba

Unter dem Motto: „Vom nahen zum fernen Osten, die Narretei darf nicht viel kosten", veranstaltete der jüdische Sportverein Bar-Kochba sein diesjähriges Maskenfest. Die von Mich. Oswald herrlich dekorierten Räume des Regina-Palastes, der Schmiß der Kapelle und die sportfreudige, tanzfrohe Jugend erzeugten eine richtige Faschingsstimmung. Türken, Chinesen und anderes buntes Volk boten ein farbenfrohes Bild. In den Tanzpausen sorgten nette Überraschungen, wie z. B. ein Giraffentanz, eine Karikatur der Alten-Herren-Riege und das reichen Gewinn bringende chinesische Fadenziehen für willkommene Abwechslung. Hoffentlich werden sich auch in Zukunft die sportlichen Veranstaltungen Bar-Kochbas einer ebensolchen Teilnahme erfreuen.
H. K.

Jüdischer Jugendverein München. I. Unsere D o n n e r s t a g a b e n d e bringen am 6. März einen Vortrag des Herrn Referendars Franz P r a g e r über die im Mittelpunkt des heutigen Interesses stehende „Affaire D r e y f u s". Beginn: 20.30 Uhr im Lessingsaal. Am 13. März fällt unsere Veranstaltung wegen des Purimfestes aus.

II. Unsere Arbeitsgemeinschaften werden wie bisher fortgeführt. Alles Nähere durch den Vereinsvorsitzenden.

III. Die Freitagabendfeiern finden regelmäßig Herzog-Max-Straße 3/I um 20.30 Uhr statt. Alle jungen Juden Münchens, denen die Weihe eines häuslichen Freitagabends versagt ist, sind herzlich willkommen.

IV. Die Heimnachmittage unserer Junggruppen finden jeden Samstag, Herzog-Max-Straße 3/I, statt, und zwar:
a) für die Jüngeren um 15 Uhr,
b) für die Älteren um 17 Uhr.

Der **„Jüdische Kulturverein J. L. Perez"** bot am 15. Februar Gelegenheit, sich über die gegenwärtige Lage der Juden in Polen ein Bild zu machen. Herr Josef Löwy berichtete in lebhafter eingehender Schilderung von dem derzeitigen Stand der polnischen Judenheit unter besonderer Berücksichtigung des kulturellen Lebens. Seine vor kurzem stattgefundene Reise führte ihn vor allem in drei Zentren der jüdischen Siedlung in Polen: Warschau, Wilna und Krakau. Es war von hohem Interesse, zu ersehen, wie in jeder der genannten Städte das allgemeine und besonders das geistige Leben der Juden zu anderen Ausprägungen gelangt ist. In Warschau herrscht mehr das „poschete" jüdische Gefühl, das sich allein aus der Tatsache ergibt, daß 350 000 Juden dort wohnen, daß für sie ihr besonderes Sein eine Realität ist. Das Schulwesen, auch das höhere Bildungswesen der Juden ist ein selbstverständlicher Ausfluß dieser Tatsache. In Wilna, in der altberühmten Hochburg jüdischer Geistigkeit, ist auch heute noch das Streben selbst der einzelnen bis herab zum „Baalagole" auf Vertiefung des jüdischen Wissens gerichtet. Es ist daher begreiflich, daß das Zentrum auch der jiddischistischen Intelligenz, das Jiddische Wissenschaftliche Institut, sich dort befindet und zu bedeutender Höhe entwickelt hat. Leider liegen in Krakau, das während seiner Zugehörigkeit zur österreichisch-ungarischen Gesamtmonarchie eine Rolle als Vorort von Westgalizien innehatte, die Verhältnisse nicht so günstig als in Warschau und in Wilna. Die Assimilation an das Polentum, das nach den Ausführungen des Redners die weitaus meisten Zionisten — soweit sie nicht der jiddischistisch eingestellten „Linken Poale-Zion" zuzurechnen sind — in seinen kulturellen Bann gezogen habe, sei weit vorgeschritten und habe das selbständige geistige Leben der Krakauer Juden ertötet. Inwieweit diese Darstellung des Referenten, der sich großer Objektivität befleißigte, allen Einzelheiten des Lebens der polnischen Juden gerecht wurde, entzieht sich natürlich unserer Kenntnis. Jedenfalls aber gab Herr Löwy ein umfassendes Bild von den dortigen Zuständen, das auf eindringlicher Beobachtung und auf gründliche Informationen aufgebaut war. Der reiche Beifall der gespannt Lauschenden war wohl verdient. Z'bi.

Jüdischer Kulturverein J. L. Perez München

Voranzeige. Samstag, den 8. März, abends 8.30 Uhr, spricht im Lessingsaal, Herzog-Rudolf-Straße 1, Herr Dr. Ignaz Emrich über jüdische Politiker und jüdische Politik. Gäste sind herzlich willkommen. Eintritt frei. Die Vorstandschaft.

Jüdischer Gesangverein München. Wir möchten nochmals daran erinnern, daß heute abend 20.30 Uhr im Bayerischen Hof unser Maskenball: Hulla di Mechulla stattfindet. (Siehe auch Inserat.) Von einer großen Anzahl von Firmen wurden weitere sehr schöne und wertvolle Preise gestiftet.

Esra-Gruppe München. Am Sonntag, dem 9. März 1930, abends 7 Uhr, veranstaltet der Esra-München im Großen Theatersaal, Reitmorstraße 7 (nächst Max-II-Denkmal), eine Purim-Feier unter Mitwirkung des jüdischen Kammerorchesters (Leitung Heinrich Lamm). Gäste und Freunde herzlich willkommen! Kartenvorverkauf: Ewer-Buchhandlung, Ottostraße 2; Engelhard, Klenzestr. 34, bei dem Kastellan der Synagoge Herzog-Rudolf-Straße 3 und Buchhandlung August Wertheimer, Westenriederstraße 4.

Jüdischer Kindergarten, München. Mittwoch, den 12. März, 4 Uhr nachmittags, feiert der Jüdische Kindergarten, Herzog-Rudolf-Straße 1, sein Purimfest. Wer Interesse hat, ist eingeladen. Da wir nur wenig Platz haben, kann nur eine beschränkte Zahl von Karten abgegeben werden, die im Kindergarten täglich von 9 bis 12 Uhr zu bekommen sind. Eintritt für Erwachsene 1 RM., für Kinder 50 Rpf.

Zionistische Ortsgruppe Nürnberg-Fürth. Am Donnerstag, dem 20. Februar, sprach Frau Ghitta Hillmann in unserer Ortsgruppe über „Der geschichtliche Jesus". Frau Hillmann kennzeichnete in ihrem Vortrag, der sich auf umfangreiches und fleißig zusammengetragenes Quellenmaterial stützte, zwei Hauptströmungen der heutigen Jesusforschung: Die eine, die Jesus nur als mythische Figur ansprach, die andere, die glaubt, daß Jesus als weiser Rabbi in Judäa gelebt habe und der Stifter des Christentums gewesen sei. Die eine betrachtet Jesus als den vermenschlichten Gott, die andere als vergöttlichten Menschen. Die Referentin selbst entschied sich nach eifrigem Studium der Materie für die Ansicht derjenigen Wissenschaftler, welche die Jususfigur als Mythos darstellen und bemühte sich an Hand der Quellen diese Tatsache, für die sie wesentliches Material beibrachte, systematisch nachzuweisen.

Herr Dr. Bamberger ergänzte die Ausführungen der Vortragenden; an der Diskussion beteiligten sich ferner die Herren Dr. R. Liebstädter, Dr. M. Nußbaum und Dr. W. Strauß-Reich.

Die erschienenen Gesinnungsgenossen und Gäste dankten durch ihren Beifall für den interessanten und aufschlußreichen Vortrag.

Warnung!

Herr Georg Schorr, Juwelier, München, Landschaftstraße 3, und Herr L. Rapoport, Kaufmann, München, Dachauer Straße 45/2 m., bitten uns um Aufnahme folgender Warnung:

Es wird vor einem Hochstapler gewarnt, der sich in München als Abraham bzw. Adolf Bolimowski ausgab und im Alter von 23—26 Jahren steht. Sein Geburtsort soll angeblich Bendzin (Polen) oder auch Kiew (Rußland) sein.

Seine Eltern besitzen angeblich eine Besteckfabrik.

Genannter gibt an, vier Jahre beim polnischen Heer gedient zu haben und sechs Jahre in Berlin als Beamter des polnischen Konsulats beschäftigt gewesen zu sein. Seine Angaben sind, soweit diese zu prüfen waren, erlogen.

Wegen Betrügereien ist Anzeige in München erstattet worden; seine Festnahme bei Auftauchen ist unbedingt geboten.

Neue jüdische Zeitung. Das zentrale Organ der palästinensischen Arbeiterschaft „Dawar" wird von Ende März 1930 ab eine deutsche Wochenausgabe erscheinen lassen, die den deutschsprechenden Ländern die unmittelbare Information über das Leben und Schaffen im Lande geben wird. Die deutsche Wochenausgabe wird den seelischen und geistigen Kontakt mit dem Aufbauwerk im Lande herstellen und vertiefen. Sie wird 1 RM. monatlich kosten und kann durch das Sekretariat, Berlin N 24, Auguststraße 17, bestellt werden. Wir verweisen auf die Beilage der Bestellkarten in dieser Nummer.

KEREN KAJEMETH LEJISRAEL

Jüdischer Nationalfonds

Postscheck-Konto München 10442 Nürnberg 24565



Fernsprecher München 297 449 Nürnberg 21912

Zentrale für Deutschland Berlin W 15

Meinekestraße Nr. 10

Münchener Spendenausweis Nr. 16 vom 20. bis 25. Februar 1930

Goldenes Buch: J.-R. Dr. Eli und Rahel Straus. Zur Silberhochzeit gratulieren herzlichst: Verein Bikor Cholim 3.—; Isr. Frauenverein von 1906 zur Unterstützung armer Kranker und Wöchnerinnen 5.—; Familie I. Scheinerer 2.—; Familie Botie 2.—; Herr und Frau I. Rabinowicz 5.—; Noch ein Straus-Jour-Fiseer 3.— = 20.—.

Dr.-Elias-Straus-Garten: Zur Silberhochzeit Dr. Eli und Rahel Straus gratulieren herzlichst: Frau Jona Heß, Max und Ludwig Heß, 2 Bäume = 12.—.

Einzelne Büchsen: Dr. W. Eliasberg 35.82; N. N. 2.—; Fritz Rosenthal 7.45 = 45.27.

Geleert durch Frl. Davidsohn: Frl. Ida Gutmann 16.—; Ludwig Davidsohn 5.—; Dr. Alfred Perlmutter 1.36; M. Rosenfeld 1.51; M. Guggenheim 1.—; M. Minikes 1.40; Josef Orljansky 5.— = 31.27.

Materialien: 5 N.-F.-Telegramme 2.50. Summa: 111.04.

Gesamtsumme seit 1. Oktober 1929: 4319.26 RM.

Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß nur solche Spenden im „Jüdischen Echo" ausgewiesen werden können, die spätestens Dienstag jeder Woche aufgegeben und einbezahlt wurden im

Büro des Jüdischen Nationalfonds, Herzog-Rudolf-Straße 1.

Spenden-Ausweis des Nürnberger Büros vom 21. Februar 1930

Spendenbuch: Herr und Frau Dr. Max Lorch anläßlich der Geburt ihrer Tochter 20.—; Herr und Frau Jos. Meth anläßlich der Geburt ihres Sohnes 1.—.

Allgemeine Spenden: Frau Rosalie Weil anläßlich des Hinscheidens ihres Bruders 10.—; Familie Freundlich anläßlich des Todes des Herrn Al. Freundlich 6.62; Familie Brandeis anläßlich des Todes des Herrn J. Brandeis 5.—; Tellersammlung anläßlich Ortsgruppenabend 7.29.

Wertzeichen: Herr M. Wilpred für zwei Telegrammformulare 1.—; Herr Albert Salzer für ein Telegrammformular —.50.

Goldene Buch-Eintragung Dr. Eli Straus u. Frau. Es gratulieren Herrn und Frau Dr. Straus zur Silberhochzeit herzlich: Kom.-Rat Ludwig Rosenzweig 20.—; Dr. Meinhold Nußbaum 6.—; Dr. Isak Bamberger 6.—; Adolf Hichenberg 5.—; Rechtsanwalt Feilchenfeld 3.—; Albert Ellern und Familie 3.—; Dr. Edith Schulhöfer 3.—. Dr. Rudolf Liebstädter 3.— Albert Salzer 3.—. Summa: 101.79 RM.

Seit 1. Oktober aufgebracht 2505.81 RM.

In Kürze erscheint:

Der jüdische Reichsverband

Über eine öffentlich-rechtliche Gesamtorganisation der deutschen Juden

Von Dr. Manfred Saalheimer

Die im Moment besonders aktuelle Arbeit gibt einen geschichtlichen Abriß der Bestrebungen zur Schaffung eines Reichsverbandes und untersucht Rechtsgrundlagen, Aufbau und Aufgaben einer endgültigen Organisation. Für jeden im jüdischen Leben Stehenden ist die Kenntnis dieser Arbeit unerläßlich.

Broschiert Reichsmark 2.40. Vorbestellungen erbeten.

Verlag B. Heller • München

Plinganserstraße 64

ZIONISTEN kauft und verbreitet den SCHEKEL!

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ignaz Emrich, Diplomvolkswirt, München, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Plinganserstraße 64, München.